

Staatssekretär Dr. Schumpeter über unsere industrielle Zukunft.

Staatssekretär Dr. Schumpeter hielt gestern abend im Wiener Handels- und Industrieverein einen Vortrag über unsere industrielle Zukunft. Der Staatssekretär besprach in beachtenswerten Ausführungen die wirtschaftlichen Gegenwartsfragen, betonte die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Arbeit, nahm sodann gegen die staatlichen Zwangskartelle Stellung und wendete sich hierauf dem Zoll- und Währungspolitischen Verhältnisse gegenüber den andern Nationalstaaten zu, wobei er für eine Zoll- und Währungskonvention im gemeinsamen Interesse aller eintrat, da die Staaten des Donaubereichs aufeinander angewiesen seien. Seine Ausführungen werden angesichts des bekanntlich bisher ablehnenden Verhaltens der slawischen Nationalstaaten besonders bemerkt werden. Dr. Schumpeter skizzierte sodann die Voraussetzungen der industriellen Entwicklung in Deutschösterreich und beantwortete den Abbau der Zentralen. Nachstehend der Bericht über die Rede des Staatssekretärs:

Dr. Schumpeter führte einleitend aus: Ich glaube, daß unsere industrielle und finanzielle Zukunft sich gut gestalten kann unter der Voraussetzung eines günstigen Friedens und daß wir nicht selbst unverantwortliche Fehler begehen. Jede Finanzpolitik wäre unnötig, wenn wir an der Mentalität festhalten, daß das ganze Volk vom Staate leben kann. Die Zuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel sind für die Dauer unhaltbar. Wenn wir so fortfahren wie bisher, brechen wir notwendigerweise zusammen. Vor zwei bis vier Wochen konnte man noch sagen: Wir wohnen zwischen München und Budapest. Damals war der Bolschewismus auf der Höhe. Wir waren nicht in der Lage, unsere Ausgaben zu bremsen. Damit wurde ohne Blutvergießen und ohne äußere Machtmittel der Regierung die Ordnung in Wien aufrecht erhalten, eine Leistung, die nicht zu unterschätzen ist. Das war eine exzeptionelle Zeit. Aber nun können wir so nicht fortsetzen. Wir müssen über die Wege der Zukunft uns entscheiden. Wir können sozialisieren oder kapitalistisch arbeiten, aber immer die Ausgaben erhöhen, geht nicht, absolut nicht. (Zustimmung.) Die dritte Voraussetzung ist die, daß wir noch in anderer Beziehung vernünftige Politik machen. Es ist unglaublich, daß wir es gar nicht verstehen, daß ein verarmtes Volk in unserer Lage, das nur eine Reserve hat, die Arbeit, diese nicht vernünftig verwendet. Ein großer Teil der Bevölkerung arbeitet nur daran, den andern Teil der Bevölkerung zu kontrollieren. (Zwischenruf: Das tun auch Ihre Beamten.) Dr. Schumpeter (fortfahrend): Man kann bestimmte Leute für ein System nicht verantwortlich machen. Wir behindern uns selbst, wir behindern den Wiederaufbau dadurch, daß wir überflüssige Organisationen aufrechterhalten.

Wir haben staatliche Zwangskartelle geschaffen, die einigen Großunternehmungen eine Art Monopolstellung gaben, und diese Politik wird gerade unter dem Schlagworte der Konsumentenpolitik vertreten. Die sozialdemokratische Partei unterstützt diese Organisationen lediglich aus Vorliebe für die äußere Form, aber der Reichtum wird damit nicht erschlagen, sondern damit auch das Aufstreben des bei uns offiziell beliebten kleinen Mannes behindert. Man hat diesen Zustand geschaffen aus Vorliebe für gewisse Gruppen, die damit politisch und wirtschaftlich ihren Vorteil finden. Wir müssen die wirtschaftliche Arbeit vernünftig verwenden. Es gibt nur diesen einen Ausweg, wenn wir ihn selbst nicht verderben, und wenn er nicht von außen versperrt wird durch unerträgliche, ungerechte Verteilung der Kriegslasten, durch eine große Kriegsentschädigung. Sonst brechen wir zusammen, der Bankrott wäre unvermeidlich. Dann ist an eine geordnete Finanzwirtschaft nicht zu denken, dann machen wir lieber die Vermögensabgabe nicht. Aber wenn das nicht der Fall sein wird, dann kann ich dafür eintreten, daß wir unsere Verpflichtungen voll erfüllen.

Zollkonvention und Währungskonvention.

Ich glaube, führte Dr. Schumpeter sodann aus, daß unser Defizit in etwa fünf Jahren schwinden wird. Wenn unser Defizit erheblich größer ist als das tschevische, so liegt der Grund darin, daß wir mit einem viel größeren Teil der finanziellen Verantwortung belastet worden sind, weil die Zentralen bei uns lagen. Redner warnte vor Retorsionsmaßnahmen gegen die Nationalstaaten, welche, da wir in diesen Staaten Gläubiger sind, leicht uns reissen, und sagte dann: Unsere Finanzlage wird sich bessern durch Abbildung der Kriegslasten, durch notwendige Ersparungen und durch Hebung der Produktion. Dann kann man daran denken, das Geldwesen zu regeln. Wir

müssen wahrscheinlich früher oder später zu einer andern Währung übergehen, welche dieselbe wie in den andern Nationalstaaten oder eine ähnliche ist. Das geht nicht, daß jeder die er Zerstörten eine eigene Währung und ein eigenes Zollgebiet hat, bloß um die andern zu schädigen oder zu ärgern. Ein solcher Zustand ist sinnlos, er macht jede vernünftige Kalkulation und damit jeden Handelsverkehr unmöglich, und man wundert sich, daß die Völker einen solchen Zustand ertragen, aber die Dinge gehen ihren Weg, die Staaten des Donaubereichs sind auf eine gemeinsame Wirtschaft angewiesen. Ob sie es wünschen oder nicht, in der einen oder andern Form wird ein gemeinschaftliches Zusammenwirken eintreten müssen. Es ist also zweifellos, daß wir, wenn nicht zu einer Zollunion, doch zu einer Zollkonvention, wenn nicht zu einer Währungsunion, so doch zu einer Währungskonvention kommen müssen, die uns die Devisen Präg konstanter macht. Wenn eine derartige Vereinbarung zustande kommt, dann wird unser Staat wirtschaftlich leben können, auch wenn manche notwendigen Rohstoffe, wie zum Beispiel die Kohle, außerhalb seines Gebietes sind. Von größter Wichtigkeit für uns ist, daß wir die großen Mitteln retten, die wir in den Nationalstaaten besitzen. Es ist dasjenige, wovon wir leben. Wenn sie wesentlich ungeschmälert aus dieser Krise hervorgehen, dann bleibt Wien der entscheidende Finanzplatz für die Staaten auf dem Boden der ehemaligen Monarchie und dem Balkan. Dann bleibt auch das Bankwesen Wien erhalten, ein großer Teil des Geschäftes wird noch immer über Wien gehen und die Industrie von Wien aus finanziert werden. Solange dies der Fall bleibt, wird die Minderung der Rechtsformen wenig bedeuten. Die Finanzierung wird über Wien gehen müssen, und wenn wir eine gleiche oder ähnliche Währung haben, wird die Devisen Wien entscheidend sein. Nur die Wiener Banken können die Vermittlung für die Finanzierung des Auslandskapitals werden und die Zinssenkung Banka wird, so tüchtig ihre Verwaltung auch ist, einsehen, daß sie das Geschäft nur in Verbindung mit den Wiener Großbanken machen kann.

Die Voraussetzungen der industriellen Entwicklung.

Der Vortragende besprach sodann die Voraussetzungen der industriellen Entwicklung in Deutschösterreich und die Maßnahmen, die notwendig sind, um sie zu fördern. Neugegründete Unternehmungen müssen für eine Reihe von Jahren die Zusicherung bezüglich der Nichtsozialisierung haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Schaffung einer Textilindustrie ist von der Erschließung der Wasserkräfte abhängig, aber der Streit der Privaten mit dem Staate und des Staates mit den Ländern muß hier aufhören.

Den Beschluß der Nationalversammlung auf Abbau der Zentralen bezeichnete Redner als ein Hoffnungssymptom für die Zukunft, doch sei es bedauerlich, daß auch hier in Interessentenkreisen die Ausichten auseinandergehen. Das einzige Mögliche für unsern Staat ist die Wirtschaftsfreiheit, dann werden wir sehr bald normalen Zuständen entgegengehen, denn unser Handel und unsere Industrie bieten das einzig richtige Element für den Wiederaufbau. Das Verlangen der Arbeiterschaft nach Sozialisierung dürfte man nicht übersehen. Es ist nicht bloß eine Forderung nach höheren Löhnen, sondern das Verlangen nach andern Arbeitsformen. Man muß sich klar sein, was man sozialisiert, und alles übrige muß man radikal beiseite lassen. Das unerträglich ist, ist das Schwanken zwischen beiden Prinzipien, das ist nicht Kapitalismus und nicht Sozialismus, das macht unser Land zum Tummelplatz ökonomischer Experimente und hindert uns in der Entwicklung. (Lebhafte Zustimmung.) Redner betonte nochmals, daß die Zukunft in Deutschland und Deutschösterreich in der wirtschaftlichen Freiheit liege. Darum müsse man anfangen, abzubauen und die Grenzen der staatlichen Verwaltung enger zu ziehen. Man verwaltet besser, wenn man weniger verwaltet. Staatssekretär Dr. Schumpeter schloß unter lebhaften, anhaltenden Beifallszuschüssen mit den Worten: Die nächsten Jahre werden vielleicht nicht angenehm sein, aber es winkt uns sicher die Botschaft einer besseren Zeit.